

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 6

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grenzen der Demokratie

Momentan geht in der Eidgenossenschaft ein zwar symptomatisches, trotzdem aber eigenartiges Schauspiel über die politische Bühne: «Europäer», die sich mit dem Entscheid des Souveräns vom 6. Dezember schwertun, sind – je nach Temperament – mit mehr oder weniger grossem Engagement damit beschäftigt, neue Argumente zusammenzutragen, die es rechtfertigen könnten, auf diesen zurückzukommen bzw. eine neue Abstimmung in die Wege zu leiten. Die «Sieger» vom 6. Dezember jedoch denunzieren diese Haltung als Zwängelei, als Ausdruck eines unterentwickelten Demokratieverständnisses; einmal vom Souverän gefällte Entscheide sind in ihrem Urteil, weil ihnen eine Mehrheit zugestimmt hat, in jedem Falle und widerspruchslos zu akzeptieren. Wer an dieser Regel demokratischen Selbstverständnisses glaubt rütteln zu können, demaskiere sich als Demokrat von zweifelhafter Qualität. Und Nationalrat *Blocher* hat nicht gezögert, sie mit nicht sehr schmeichelhaften Worten namhaft zu machen. Ist das tatsächlich so?

Wer dem Glauben der *bedingungslosen Gültigkeit* von mehrheitlich gefällten Entscheiden huldigt, begeht einen *Denkfehler* von grundsätzlichem Gewicht, den die Liberalen schon frühzeitig geortet haben und vor dem auch der moderne Liberalismus, besonders deutlich etwa bei *Hayek* («Verfassung der Freiheit»), warnt. Es ist einmal davon auszugehen, dass die Demokratie lediglich ein *Entscheidungsverfahren* bereitstellt, mit dem bestimmt wird, wie in

einem gegebenen Zeitpunkt ein anstehendes Problem gelöst werden soll – Beitritt der Schweiz zum EWR? – bzw. was auf der Ebene des menschlichen Zusammenlebens als Gesetz zu gelten hat. Liberalismus jedoch bezieht sich nicht auf die Art des Entscheidungsprozesses; er zielt vielmehr auf den *Inhalt* eines Gesetzes. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Ein Gesetz oder ein Abstimmungsresultat zu einem bestimmten Problem müssen für einen Liberalen nicht schon deshalb gut sein, weil ihnen eine Mehrheit zugestimmt hat. Das gleiche gilt natürlich auch für einen engagierten Sozialdemokraten; auch er ist primär am Gesetzesinhalt interessiert.

Das zentrale Anliegen des Liberalismus ist die Bewahrung individueller Entscheidungsmöglichkeiten oder individueller Freiheitsrechte. Und weil diese Freiheiten, wie die Geschichte in eindrücklicher Weise lehrt, in erster Linie von einem Staat bedroht werden, der entweder vom *Rausch des Herrschens oder einer überbordenden Regulierungswut* befallen wird oder der mit Hilfe demokratischer Entscheidungsverfahren, also mit Mehrheitsentscheiden, sich selbst aus den Angeln zu heben bzw. ein totalitäres Kleid überzustülpen sich anschickt, haben die Liberalen stets und immer ihre Aufmerksamkeit dem Staat und den *Grenzen seiner Macht* geschenkt. «Doktrinäre» Demokraten, solche, die sich allein dem Mehrheitsprinzip unterwerfen, und Liberale geraten sich bei der Festlegung des Bereichs,

der die Staatstätigkeit definiert, aus diesem Grunde nicht selten in die Haare. *Hitler* ist seinerzeit mit Mehrheitsentscheiden an die Macht gekommen. Die islamistischen Fundamentalisten in Algerien gaben *coram publico* bekannt, dass sie im Falle eines Volksentscheides, der sie an die Macht bringen würde, die demokratischen Entscheidungsregeln abzuschaffen gedachten. Für einen gläubigen Muslim mit einem fundamentalistischen Einschlag gibt es nur *eine* göttliche Souveränität; deshalb ist ihm die Volks-Souveränität ebenso suspekt wie ein säkularisierter Staat. Die Liberalen könnten einer solchen Entwicklung auch dann nicht zustimmen, wenn sie von einer Mehrheit herbeigeführt worden ist. Ungute Gefühle müssten einen Liberalen weiter dann übermannen, wenn sich eine Mehrheit dazu verführen liesse, sich selbst Privilegien zuzuschaffen. Sie liefe in einem solchen Falle Gefahr, totalitäre Züge anzunehmen. Hayek spricht denn auch in diesem Zusammenhang von «*totalitärer Demokratie*». Demokratie ist kein letzter oder allgemeiner Wert, sondern lediglich eine Entscheidungsmethode; sie ist nach ihren *Leistungen* zu beurteilen.

Eine weitere Überlegung kommt ins Spiel. Mehrheitsentscheide besagen immer nur, was eine Mehrheit der Abstimmenden in einem bestimmten Zeitpunkt und unter der Voraussetzung eines bestimmten *Informationsstandes* wollte. Ob sie das in einem späteren Zeitpunkt, bis zu dem sich möglicherweise die Beurteilungskriterien und damit auch ihr Informationsstand geändert haben, noch immer will, ist jedoch eine völlig andere und *offene Frage*. Fortschritt kommt zumeist dann zustande, wenn mutige Menschen zementierten und tabuisierten Mehrheitsmeinungen entgegentreten. Neues Wissen und neue

Erkenntnisse entstehen in der Regel in Minderheiten. Deshalb ist für den Fortschritt der Menschheit der *Meinungswettbewerb* und ein demokratisches Entscheidungsverfahren von vitaler Bedeutung, ein Verfahren, das es zulässt, dass Minderheitenmeinungen die Chance haben, im Laufe der Zeit zu Mehrheitsmeinungen zu werden. Seit Popper ist bekannt, dass das Wissen der Menschen stets nur einen *vorläufigen Charakter* hat, nämlich bis zu jenem Zeitpunkt, in dem besseres Wissen den alten Zustand zu verdrängen beginnt. Eine Gesellschaft, die nicht stagnieren will, muss deshalb in dem Sinne *offen* sein, dass sie demokratische Institutionen bereitstellt, die den Fortschritt jederzeit zulassen. Bei den sozialistischen Ländern marxistischen Ursprungs war dies nicht der Fall – ein nicht ganz unwesentlicher Grund dafür, dass sie sich aus dem Bereich der real existierenden Phänomene verabschiedet haben. Und daraus ergibt sich die Folgerung, dass auch Mehrheitsentscheide *keine zeitlich unbeschränkte Gültigkeit* beanspruchen dürfen. Auch sie müssen es sich gefallen lassen, immer wieder kritisch («*kritischer Rationalismus*») hinterfragt zu werden. In einer Demokratie geschieht das dadurch, dass ein früher mehrheitlich entschiedener Gegenstand später wieder aufs Tapet gebracht wird. Sinnvoll ist dieser Vorgang allerdings nur, wenn neue Umstände und Erkenntnisse, die ehedem nicht bekannt waren, einen neuen Entscheid in «*alter Sache*» rechtfertigen. Die Grenze zwischen Zwängerei und Legitimation kann im konkreten Falle tatsächlich schmal sein. Daraus aber die Konsequenz abzuleiten, dass auf einen einmal gefällten Mehrheitsentscheid nicht mehr zurückgekommen werden dürfe, wäre absurd.

Willy Linder

Bewegungen im Zahlenspiegel

Zahlen haben etwas Faszinierendes. *Meinungen* erhalten eine neue Qualität, wenn sie in Umfragen mit Prozentzahlen gewichtet werden. Das individuell Eigenständige, die vertiefte Reflexion, die manchmal auch zu nonkonformen Ergebnissen führt, kommt freilich nicht zum Ausdruck, wenn nur Ja oder Nein, allenfalls noch eher Ja und eher Nein gefragt sind. Politik wird von Mehrheiten oder doch zumindest von zahlenmäßig relevanten Gruppierungen getragen. Wird sie von ihnen auch bewegt, weiterentwickelt, zu neuen Lösungen geführt? *Visionen und Reformen*, die zwar zur Standardausrüstung vieler Meinungsmacher gehören, haben in den auf ein breites Publikum ausgerichteten Medien wenig Aussicht, über den Unterhaltungswert hinaus nachhaltige Wirkungen zu erzielen. So herrscht denn weitherum der deprimierende Eindruck, dass sich im demokratisch überbremsten Staat kaum etwas bewegt.

Aber auch *Tatbestände*, reale Entwicklungen lassen sich zahlenmäßig erfassen. Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der vielgeschmähten *Volkszählung* bieten ein nicht weniger faszinierendes *Bild einer sich rasch wandelnden Schweiz*. Es reflektiert den Boom der achtziger Jahre und wirft die Frage auf, inwiefern diese Veränderungen von der Politik überhaupt erfasst und berücksichtigt wurden. Greifen wir drei Beispiele heraus: Fast ein Drittel aller Haushalte waren 1990 *Einzelhaushalte*; zwanzig Jahre früher war es noch ein Fünftel. Mehr als ein Viertel der Haushalte bestand aus zwei Personen. Die Zahl der Alleinerziehenden ist angewachsen, ebenso die Zahl der in die Be-

rufstätigkeit zurückkehrenden Frauen. Die Sozialpolitik sieht sich damit vor Fragen gestellt, die nicht mehr mit traditionellen ideologischen Mustern gelöst werden können. An die Stelle des weiteren quantitativen Ausbaus wird ein qualitativer Umbau treten müssen, um zu verhindern, dass der Gedanke der Solidarität überstrapaziert und ausgehöhlt wird.

Fast 70 Prozent aller Einwohner leben heute in einem städtischen Umfeld. Die *Mobilität* hat nochmals zugenommen, rund die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitet ausserhalb der Wohngemeinde. Gependelt wird zunehmend – zu 56 Prozent – mit dem Auto, der Anteil des öffentlichen Verkehrs ist auf 30 Prozent gesunken. Der Trend läuft allen intensiv geförderten Bestrebungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und zur Eindämmung des Privatverkehrs zuwider. Führt die Verkehrspolitik und mit ihr die Siedlungs-politik in eine Sackgasse? Und lassen sich umweltpolitische Zielsetzungen ohne wirksame Korrekturmassnahmen noch glaubwürdig verfolgen?

Die bemerkenswerte Zunahme der Arbeitsplätze um 17 Prozent – über eine halbe Million Erwerbstätige mehr – steht in einem engen Zusammenhang mit der starken *Einwanderung*. Der grössere Anteil von Ausländern wirkt sich nicht nur auf die Statistik der Sprachen und Religionen aus, sondern auch auf die sozialen Strukturen und das Bildungswesen. Vielsprachigkeit und *multikulturelle Vielfalt* erhalten neue Dimensionen, die das Selbstverständnis der Schweizer und die von den Einheimischen bestimmten Institutionen auf eine harte Probe stellen.

Die tatsächlichen Veränderungen und der Bedarf an politischen Strategien zur Bewältigung des Anpassungsdrucks stehen in einem seltsamen Kontrast zur betriebsamen Unbeweglichkeit unserer politischen Institutionen. *Reformen und Vitalisierungsmassnahmen* sind nicht nur nötig, um die Schweiz im internatio-

nalen Wettbewerb konkurrenzfähiger zu machen, sondern auch um den *gesellschaftlichen Wandel* im eigenen Land zu bewältigen. Im Zahlenspiegel erkennen wir das Tempo der Entwicklung. Sie wird uns in den nächsten Jahren, mehr als uns lieb ist, in Trab halten.

Ulrich Pfister

Appell zur Gewaltprävention in der Vojvodina

Während Jahrhunderten war die Vojvodina eine multikulturelle Region. Bis 1920 gehörte sie zu Ungarn, und erst im Jahre 1920 wurde sie dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen einverleibt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden mehrere hunderttausend Deutsche, Ungarn und Kroaten aus der Region vertrieben, was den ersten Versuch darstellte, die demographische Zusammensetzung der Provinz zugunsten der Serben zu verändern. In den nördlichen Gebieten bilden jedoch Ungarn, Kroaten und andere ethnische Gruppen weiterhin eine Minderheit.

Die Vojvodina genoss bis 1989 in Ex-jugoslawien einen Sonderstatus, und die Provinz ist bis jetzt relativ friedlich geblieben. Die ethnischen Spannungen nehmen jedoch in neuerer Zeit zu.

Am 8. August 1992 befahl die Belgrader Regierung den Angehörigen ungarischer Gemeinschaften in der nördlichen Vojvodina, über 30 000 aus anderen Gebieten vertriebene, der serbischen Ethnie zugehörige Familien unterzubringen. In einigen Fällen übersteigt die Zahl der Neuankömmlinge die Stammbevölkerung. Durch diese Neuansiedlungen wurden die vorher schon pre-

kären Infrastrukturen, insbesondere Wohnungen und Schulen noch mehr überlastet. Es gibt zwar derzeit verlassene Häuser und Wohnungen; die Konflikte sind jedoch vorprogrammiert, wenn die Rückkehrer einmal ihre Wohnungen zurückfordern, was vorauszusehen ist. Ein weiterer Anlass zu Besorgnis ist die Tatsache, dass die zwangswise neu Angesiedelten gut bewaffnet sind, während die lokale Bevölkerung weitgehend ohne Waffen ist. Sollte der Konflikt in der Vojvodina gewaltsam ausgetragen werden, so wären Deportationen und Massaker sowie ein Massenexodus zu befürchten.

Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, bevor es zu spät ist. Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, auf den Konflikt mit den bedrohten ungarischen Minderheiten in der Vojvodina zu reagieren, bevor die Schwelle der Gewalt überschritten wird.

Die Demokratische Allianz der Ungarn in der Vojvodina hat einen detaillierten Plan zur kulturellen und territorialen Autonomie für diese Region formuliert und der Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats

der Vereinten Nationen eingereicht. Sie ist der Ansicht, dass der Antrag die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verdient und dass er den drohenden Konflikt in dieser Region tatsächlich verhindern kann. Es sind auf internationaler Ebene Massnahmen zu erwägen, um die Umsiedlung von Serben in die Vojvodina einzudämmen. Der dort im Gang befindliche organisierte Bevölkerungstransfer hat das Ziel, die demographische Zusammensetzung in

dieser Region zu ändern und damit das traditionell friedliche Zusammenleben von verschiedenen Minderheiten nachhaltig zu stören oder zu verunmöglichen.

Noch ist es Zeit für präventive Massnahmen. Wenn aber die Stimmen der Warner nicht gehört oder nicht ernstgenommen werden, so nimmt in diesem Teil Europas ein weiteres Verbrechen und Unheil seinen Lauf.

Joseph von Komlóssy

Gratina – die Scheibe, die den Backofen liebt!

